

## NIEDERSCHRIFT HFA/021/2012

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 28.06.2012 im  
Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp	Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Meyring
Herr Bernhard Faltmann	Vertretung für Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Günther Fehmer Herr Ludger Kleideiter Herr Bernhard Kortmann	Vertretung für Herrn Florian Heuermann
Herr Jürgen Brunn Herr Hans-Jürgen Dittrich Herr Thomas Tauber Frau Maggie Rawe	

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking  
Herr Hubert Maas

Vortragender Gast:

Herr Gerrit Tranel zu TOP 1 ö. S.

Entschuldigt fehlt:

Herr Ulrich Schlieker

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.  
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

### TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

### 1. Öffentlicher Personennahverkehr in Billerbeck (ÖPNV)

Herr Gerrit Tranel erläutert die aktuelle Situation des ÖPNV im Kreis Coesfeld und insbesondere in der Stadt Billerbeck (siehe Anlage 1).

Zu der immer wieder aufgeworfenen Frage, den Schulbusverkehr in Eigenregie zu übernehmen, erläutert Herr Tranel, dass es für den Freistellungsverkehr keine Ausgleichsleistungen des Landes gebe, aber auch keine Fahrkarten gekauft werden müssen. Man müsse sich also fragen, ob es sich lohne einen Freistellungsverkehr einzurichten und die Flexibilität ein höheres Gut sei als die Ausgleichsleistungen in Höhe von 30.000,- bis 40.000,- € , die die Stadt heute bekomme. Bis zum Ende des Jahres wäre er in der Lage, eine entsprechende Kalkulation zum Linien- und Freistellungsverkehr vorzulegen. Bei einer Umstellung müsste auch berücksichtigt werden, dass die Leistungen EU-weit ausgeschrieben werden müssten.

Herr Fehmer erinnert daran, dass aufgrund der mangelnden Flexibilität des Busunternehmens überhaupt über eine Umstellung des Schulbusverkehrs nachgedacht werde. In einer Flächengemeinde wie Billerbeck seien die Voraussetzungen nun einmal anders als in einer Stadt. Zudem habe sich die Schullandschaft verändert. Die Schülerinnen und Schüler müssten tlw. Fahrzeiten von einer Stunde und mehr in Kauf nehmen. Ein bisschen mehr Flexibilität müsste doch möglich sein, damit die Kinder nicht so lange unterwegs sein müssten. Dass aber keine EU-weite Ausschreibung gewollt sei, sei klar.

Frau Dirks hält fest, dass der Schulbusverkehr in Billerbeck nicht isoliert gesehen werden dürfe, im Fahrplan müssten auch die Anschlüsse in andere Orte berücksichtigt werden.

Herr Tauber führt aus, dass man in Zeiten defizitärer Haushalte genau hin sehen müsse, ob auslaufende Verträge durch kostengünstigere Varianten ersetzt werden können. Für ihn sei die Diskussion über eine Umstellung des Schulbusverkehrs ergebnisoffen. Die Daten müssten zusammen getragen und dann ausgewertet werden.

Auf seine Nachfrage teilt Herr Melzner mit, dass es für die wegfallenden Ausgleichsbeträge keine Kompensationsmöglichkeiten gebe.

Frau Rawe verweist auf die langen Fahrzeiten für Fahrschüler, die auf der Beerlage wohnen. Die Schüler der OGS würden nach 17:15 Uhr gar nicht mehr gefahren, sie müssten von den Eltern abgeholt werden. Hier würden sich alle mehr Flexibilität wünschen. Jetzt sollte man die Chance nutzen und prüfen, ob es andere Möglichkeiten gebe.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass Billerbeck immer eine Flächengemeinde bleiben werde. Heute würden wahrscheinlich noch weniger Busse eingesetzt, was wiederum noch längere Fahrzeiten nach sich ziehen

würde. Der Einsatz von kleineren Bussen würde nicht gleichzeitig eine Kostensenkung bedeuten. Einsparpotential sehe er nur, wenn es zukünftig einheitliche Unterrichtsendzeiten geben würde. In Absprache mit den anderen Kommunen und den Billerbecker Schulen müsse zudem die Angebotspalette am Vormittag verringert werden.

Herr Tauber führt aus, dass die Schullandschaft einem starken Wandel unterliege. Die freiwilligen Angebote würden in Zukunft eher noch ausgeweitet als dass sie reduziert würden. Gemeinsam mit den Schulleitungen müsse an einer Konzentration der Stundenpläne gearbeitet werden.

Frau Dirks führt zur weiteren Vorgehensweise aus, dass die bereits begonnenen Gespräche mit den Schulleitungen über eine Harmonisierung der Schulendzeiten nun vertieft würden. Des Weiteren müsse an einer Konzentration der Vormittags-Fahrten gearbeitet werden. Herr Tranel habe angekündigt, im Dezember entsprechende Vergleichsberechnungen vorzulegen. Anhand dieser Zahlen und Informationen müsse dann Anfang nächsten Jahres im Schul- und Sportausschuss die weitere Vorgehensweise besprochen werden.

Herr Dittrich regt an, in anderen Kommunen nachzufragen, wie dort mit dieser Problematik umgegangen werde.

Schließlich besteht Einigkeit darüber, dass heute kein Beschluss gefasst werden müsse und wie o. a. von Frau Dirks skizziert vorgegangen werden soll.

## **2. Bettensteuer / Kulturförderabgabe**

Frau Dirks verweist auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage.

Herr Fehmer erklärt, dass die CDU-Fraktion die Einführung einer Bettensteuer nicht weiter verfolgen wolle. Es wäre nicht richtig, einzelne Bevölkerungs- oder Gewerbegruppen, in denen es gut laufe, heraus zu greifen und mit zusätzlichen Steuern und Abgaben zu belasten. Er könne die vom Verband des Gastgewerbes, DEHOGA Westfalen e. V. vorgebrachten Argumente, dass Billerbeck massiv Nachteile erleiden würde, wenn sie als einzige Kommune eine solche Steuer einführen würde, gut nachvollziehen. Nicht nur die Gastwirte, sondern auch die Stadt würde unter einer solchen Steuer leiden. Von den vielen Übernachtungen profitierten auch andere Geschäftszweige in der Stadt. Von daher wäre eine Bettensteuer eine einseitige Belastung eines Gewerbes und somit eine Ungleichbehandlung. Um die Haushaltsslage zu verbessern, müsste nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht oder die für alle geltenden Steuern müssten erhöht werden.

Herr Maas spricht sich ebenfalls gegen die Einführung der Bettensteuer aus, da sie sich negativ auf den Tourismus auswirken würde. Auch sollte die Ertragskraft einer Kommune nicht durch die Einführung einer neuen

Steuer erhöht werden; vielmehr könnten durch mehr Dienstleistungsbetriebe die Gewerbesteuereinnahmen erhöht werden. Er stimme Herrn Fehmer zu, dass man sich mit der Einführung einer Bettensteuer nicht weiter beschäftigen und auch nicht das laufende Berufungsverfahren vor dem OVG abwarten sollte.

Herr Dittrich bringt seine Verwunderung über die Ablehnung der CDU-Fraktion zum Ausdruck, zumal sie sich vorher offen gezeigt habe. In der Vergangenheit habe man in gemeinsamen Diskussionen immer wieder festgestellt, dass die Einsparungsmöglichkeiten im Haushaltsplan ausgereizt seien. Er wolle die Arbeit der Hoteliers nicht herab setzen, aber die Bettensteuer sei eine Möglichkeit, die Einnahmen zu verbessern. Und in Zeiten knapper Kassen müsse über alles geredet werden. Außerdem hätten bereits viele andere Kommunen nicht ohne Grund eine Bettensteuer eingeführt.

Herr Geuking verweist auf seine Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vom 05.12.2010. Die Einführung einer Bettensteuer sei ein Vorschlag von vielen gewesen. Er halte eine Bettensteuer nach wie vor für vertretbar, da sie im Großen und Ganzen nicht weh tun würde. Allerdings sehe er auch die Problematik der einseitigen Belastung eines Gewerbezweiges. Das von ihm geschnürte Gesamtpaket sei damals vom Rat abgelehnt worden. Er habe diese Vorschläge als Ersatz für die Grundsteuer- und Gewerbesteuererhöhung unterbreitet und glaube heute, dass die Hoteliers mehr davon gehabt hätten, wenn nicht die Gewerbesteuer erhöht, sondern die Bettensteuer eingeführt und seinen weiteren Vorschlägen gefolgt worden wäre. Die SPD-Fraktion greife nun nach 1 ½ Jahren einen Punkt aus seinem Gesamtpaket heraus, aber nur die Umsetzung des Gesamtpaketes führe zu einer Verbesserung der Einnahmesituation unter einer Gleichbelastung aller. Er spreche sich gegen die Bettensteuer aus.

Frau Rawe meint, dass wie von der Verwaltung vorgeschlagen, die Berufungsverhandlung abgewartet werden sollte. Dann werde man auch sehen, wie andere Städte und Gemeinden auf das Urteil reagieren werden. Also vergebe man sich doch nichts, dann erneut hierüber zu diskutieren.

Herr Brunn führt an, dass ja auch ein ganzer Damm brechen könnte, wenn ein Urteil vorliege. Möglicherweise habe die ein oder Kommune die Einführung der Bettensteuer nur wegen des noch laufenden gerichtlichen Verfahrens zurückgestellt. Auch in fast allen Nachbarländern gebe es eine Bettensteuer. Dem Argument, dass keine bestimmte Gruppe heraus gesucht werden soll, könne man entgegen halten, dass diese Gruppe durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer auch bevorzugt wurde. Sich jetzt zurück zu ziehen, nur weil Kritik aus einer Richtung laut wurde, sei ihm zu platt.

Herr Kleideiter stellt heraus, dass nirgendwo um Billerbeck herum eine Bettensteuer erhoben werde. Das Hotel- und Gaststättengewerbe habe sich in Billerbeck immer engagiert. Zudem würden Übernachtungsgäste noch zusätzliches Geld in Billerbeck ausgeben.

Herr Dittrich unterstreicht, dass es nur wenige Steuern gebe, von denen die Kommunen profitierten. Auch er würdige die Arbeit und das Engagement der Hoteliers. Aber sie hätten diese Arbeit auch schon geleistet, bevor die MWSt. reduziert wurde. Dem Verwaltungsvorschlag, das Gerichtsverfahren abzuwarten, sollte gefolgt werden. Niemand wolle die Bettensteuer jetzt beschließen. Er meine, dass auch die CDU-Ratsmitglieder gegenüber den Bürgern verpflichtet seien, etwas zur Verbesserung der Haushaltssituation zu tun.

Herr Geuking hält es für falsch, das Berufungsverfahren vor dem OVG Münster abzuwarten, da in München und Köln bereits ein Urteil gefällt worden sei. Im Rat sollte abgestimmt werden, damit die Bettensteuer abgehakt werden könne und keine Unsicherheit bleibe.

Herr Fehmer entgegnet Herrn Dittrich, dass sich die CDU-Fraktion sehr wohl mit Verbesserungsideen zum Haushaltsplan beschäftigt habe. Des Weiteren sei es nicht zulässig, einerseits die MWSt zu reduzieren und auf der anderen Seite diesen Berufsstand wieder abzuschöpfen. Es wäre ein negatives Alleinstellungsmerkmal für Billerbeck, wenn die Bettensteuer eingeführt würde.

Herr Tauber führt aus, dass die von den Hoteliers und ihren Interessensvertretern vorgetragene Kritikpunkte sicherlich berechtigt, aber auch zu erwarten gewesen seien.

Nach weiterer Erörterung legt Frau Dirks dar, dass sie persönlich die rechtliche Unsicherheit und das negative Alleinstellungsmerkmal für Billerbeck zögern lasse.

Herr Dittrich entgegnet, dass ja noch kein Alleinstellungsmerkmal geschaffen sei und noch nichts beschlossen werden solle. Wenn eine Sache strittig sei, sollte man beide Seiten hören. Es wäre doch jetzt nur redlich, die Entscheidung bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens offen zu lassen.

Herr Kleideiter wiederholt, dass sich die Gastronomiebetriebe vielfach in Billerbeck einbrächten. Die Wettbewerbsfähigkeit Billerbecks müsse erhalten werden, deshalb dürfe nicht ein bestimmter Berufszweig gesondert besteuert werden.

Frau Dirks lässt über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion, die Einführung der Bettensteuer nicht weiter zu verfolgen abstimmen.

**Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung angenommen.**

### **3. Mitteilungen**

**3.1. Korrektur der HFA-Niederschrift vom 22.05.2012 - Herr Messing**

Herr Messing teilt mit, dass die Original-Niederschrift über die Sitzung des HFA am 22.05.2012 geändert wurde. Herr Geuking habe moniert, dass seine Nachfrage zur nichtöffentlichen Beratung zweier Tagesordnungspunkte nicht protokolliert wurde. Das sei nun in der Original-Niederschrift ergänzt worden, ebenso wie die Antwort der Bürgermeisterin auf diese Frage.

**4. Anfragen**

**4.1. Nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten - Herr Geuking**

Herr Geuking bittet Frau Dirks, schriftlich darzulegen, warum die heutigen Tagesordnungspunkte 1. – 6. nichtöffentlich beraten werden.  
Frau Dirks sagt das zu.

**4.2. Lautsprecherdurchsagen im Bahnhof - Herr Brunn**

Herr Brunn führt an, dass Fahrgäste, die sich während der Wartezeit im Bahnhofsgebäude aufhielten, bei Zugausfällen oder Verspätungen die aktuellen Lautsprecherdurchsagen nicht mitbekämen, da im Inneren des Gebäudes kein Lautsprecher vorhanden sei. Bei der Bahn sollte nachgefragt werden, ob innen ein Lautsprecher installiert werden kann.

Frau Dirks sagt zu, Kontakt mit der Bahn aufzunehmen und zu berichten.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin